

September 2022

Informationsheft



des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.



Themen

Druschernte 2022 –
Übersicht zu Land und Bund

Stillegungen –
BMEL lenkt ein

Kreisgeschäftsführung –
Neues Gesicht in der Börde

ÜBERBLICK

INFORMATION SHEFT - SEPTEMBER 2022

3

KOMMENTAR

"Gemeinsam in die Zukunft"

4

ERNTE 2022

Ergebnisse bei Druschkulturen

7

TIERHALTUNG

Futtersituation im Überblick

8

GLÖZ 8

BMEL lenkt ein

9

KARRIERE

Stellenausschreibungen

10

BÖRDEKREIS

Neuer Kreisgeschäftsführer

12

EPP

Energiepreispauschale

13

ONLINE-SHOP

der Agrardienste Sachsen-Anhalt

14

VERSICHERUNG

Einsparmöglichkeiten prüfen

DIE ERNTE IN DIESEM JAHR

ist im Bundesdurchschnitt besser ausgefallen, als vorab erwartet wurde. Zum einen, weil in manchen Teilen Deutschlands ausreichend Niederschlag gefallen ist. Zum anderen, weil Dünger verfügbar war und wenn nötig Pflanzenschutzmaßnahmen angewandt werden konnten. Für das Jahr 2023 muss die Bundespolitik in diesen aktuell unsicheren Punkten Lösungen liefern.

14

IN ALLER KÜRZE

Kurzmeldungen

MIT

**DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Werte Mitglieder,
werte Landwirtinnen und Landwirte,
einen besonderen Aufhänger für diesen Kommentar zu identifizieren, fällt außerordentlich schwer. Wir haben in der Gesamtgesellschaft seit Längerem zu viele komplexe und miteinander zusammenhängende Themen, die die Bürger beschäftigen und deutlich emotional belasten. Einen Fokus muss man sicherlich richten auf finanzielle Herausforderungen mit ungewisser Entwicklung. Nach den Phasen der Coronapandemie laufen wir voraussichtlich hinein in eine Rezession mit nicht absehbaren Konsequenzen für unsere Gesamtwirtschaft. Drastisch steigende Energiekosten durch unsichere Energieverfügbarkeit, hohe Preisvolatilitäten und damit nicht mehr planbare Produktionskosten, das ist ein Mix, der für einige nicht zu bewältigen sein wird, unerheblich, ob Unternehmen oder Privatperson. Bei gleichbleibenden Verkaufserlösen drücken die steigenden Energiekosten Unternehmensgewinne, was zu weniger Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene führen wird und Anpassungsreaktionen auf Unternehmensebene bei Investitionen und Lohnkosten nach sich ziehen muss. Im Privatbereich werden Ausgaben erwartungsgemäß auf den Prüfstand gestellt, angefangen bei variablen Kosten wie Lebensmitteln und allgemeinem Konsum. Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden, und die oberste Devise wird sein, ein bezahlbares und warmes Dach über dem Kopf zu haben und sich mit Nahrungsmitteln günstig versorgen zu können. Eine erschreckende Zahl aus dem Juli: Dem Bundesverband der Tafeln zufolge suchen in Deutschland mehr als 2 Millionen Menschen Hilfe bei den 962 Tafeln. Mit etwas Dunkelziffer sprechen wir über die Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts, die Lebensmittel sucht.

Die gesellschaftliche Gefahr, die in den Entwicklungen bei der Energieversorgung liegt, kommt als Botschaft verstärkt bei der Bundesregierung an. Man sollte davon ausgehen, dass hinter den Kulissen und vertraulich an tragfähigen Lösungen im Zusammenspiel mit allen verfügbaren Partnern gearbeitet wird, um die Energieversorgung flächendeckend und verlässlich umgehend sicherzustellen. Kommunikativ ist das eine Aufgabe, die über das Geben von persönlichen Verhaltensregeln und politischem Alarmismus klar hinausgehen muss, möchte man die Gesellschaft beisammenhalten. Daher muss auch Parteiprogrammatik nun nach hinten gestellt werden, die politischen Schönwetterphasen sind vorbei. Wer sich trotzdem nicht verändert, hat augenscheinlich nicht verstanden, um was es wirklich geht. Die kommenden Wochen sind sehr entscheidend, in allen Wirtschaftsbereichen.

Und damit wären wir bei der Agrarpolitik in Deutschland. Die Agrarbranche kann Lösungen für alle aufbieten, sie kann im Energiebereich mehr beitragen, wenn man sie denn lässt. Wir haben hier noch Luft nach oben, nur in der politischen Realität wird die Handbremse nicht gelöst. Dem Sektor wird stattdessen sukzessive Geld entzogen, er wird politisch und wirtschaftlich geschwächt. Glücklicherweise werden die wenigsten Landwirte die Pressemitteilungen des BMEL abonnieren, diese wären für das Gros der Betriebe harter Tobak. Wer erleben möchte, wie man eine Branche verbal darauf vorbereitet, diese von Wirtschaftskreisläufen und Wertschöpfung abzukoppeln, der sollte dieses aber auf jeden Fall machen.



Als verantwortliches Ministerium der eigenen Klientel gegenüberzutreten und den Abbau der Tierhaltung zu propagieren, eine Rückkehr zur Eigenversorgung zu unterstützen, weil der Einsatz von synthetischem Mineraldünger energieintensiv ist – das muss man erstmal hinbekommen. Eine Linie zieht sich klar durch: „Wenn wir extensiver werden, mit noch weniger Tieren, dann arbeiten wir klimaschonend und schützen die uns anvertrauten natürlichen Ressourcen.“

In diesem Duktus geht das seit Monaten, während Landwirte mit dem Blick auf die wirtschaftliche Lage breite politische Unterstützung des zuständigen Ministeriums erwarten.

Die aktuelle Lage mit ihren neuen Notwendigkeiten sowie die bereits bestehenden Zielkonflikte innerhalb der Agrarbranche – das scheint in der Berliner Politebene noch immer nicht angekommen zu sein. Den Landwirten und ihren Interessenvertretern ist diese jedoch sehr bewusst. Es muss zügig gelingen, dass praxistaugliche Lösungen gefunden werden, teilweise muss die Bundespolitik zu harten Kurswechseln bereit sein. Wenn das nicht gelingt, werden Unmut und Protest weiter zunehmen und der eigens formulierte Anspruch der Koalition, dass man „gemeinsam mit den Bauern in die Zukunft“ will, wird ad absurdum geführt.

Ihr Marcus Rothbart